

Freie Bahn für den Bärenklau

Behördeninterne Abstimmungsprobleme: Neophyt hat leichtes Spiel

nb/damo Brachbach. Der Riesen-Bärenklau trägt seinen zweiten Namen „Herkulesstaude“ nicht zufällig – ein Bild der Pflanze aus dem Kaukasus könnte im Lexikon neben dem Adjektiv „kräftig“ auftauchen. Sie kann binnen eines Sommers gut 3 Meter hoch werden, verdrängt nahezu alle heimischen Pflanzen, und wer ihr zu nahe kommt, muss sich auf schmerzhafte Wunden einstellen: Die Herkulesstaude ist phototoxisch – ihr Gift führt in Kombination mit Sonnenlicht zu schweren Verbrennungen. Kein Wunder also, dass die Pflanze da, wo sie auftritt, bekämpft wird. Im AK-Land fällt diese Aufgabe in den Zuständigkeitsbereich der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD), die dafür jährlich gut 30 000 Euro ausgibt – aber in diesem Jahr hat es ein bisschen gehakt.

Das hat jetzt SZ-Leser Hans Kamann aus Brachbach erfahren müssen. Sein Sohn Lutz Herzog hatte am Siegufer an der Austraße den Riesen-Bärenklau entdeckt – und weil er um die Gefahren weiß, die von der Pflanze ausgehen, lag es für ihn nahe, den ungeliebten Neophyten zu verpfeifen. So weit, so gut – dann wurde es allerdings schlecht.

Erster Adressat der Bärenklau-Meldung war die örtliche Feuerwehr. Die reagierte umgehend und teilte mit, dass die SGD zuständig sei. Also informierte Lutz Herzog die Koblenzer Behörde – allerdings ohne Erfolg.

Wie aus der E-Mail-Kommunikation der SGD mit Hans Kamann hervorgeht, waren innerhalb der Behörde etliche Mails nötig, um denjenigen ausfindig zu machen, der wirklich zuständig ist. So nahm Herzogs Meldung bei der SGD den Weg über die Poststelle ins Büro der Vizepräsidentin, von dort aus in die Obere Naturschutzbehörde und schließlich in die Regionalstelle Wasserwirtschaft. Leider bekam Lutz Herzog am Ende der langen Kette trotzdem eine negative Antwort.

So sei die „behördeninterne Abstimmung in diesem Jahr nicht einwandfrei

gelaufen, sodass es zu Verzögerungen und damit den nun auftretenden Problemen in der Umsetzung kam“, teilte die SGD mit. Den Brachbacher Bärenklau wird's freuen, denn er kann vorerst weiter wachsen, Samen produzieren – und damit an seiner weiteren Ausbreitung arbeiten.

Für NABU-Mitglied Hans Kamann aus Brachbach ist das alles andere als zufriedenstellend. „Man hat den Eindruck, dass die Zuständigkeiten hin- und hergeschoben werden und nichts passiert.“ Grund genug für die SZ, in Koblenz nachzuhaken.

Dort räumte die Behörde ein, dass der Bärenklau zwar seit Jahren kontinuierlich bekämpft werde, aber: In diesem Jahr habe es in der Tat Abstimmungsprobleme gegeben. Zwar sei das Problem insbesondere an der Sieg bekannt, und auch die Stelle in Brachbach sei der SGD geläufig. Aber in diesem Jahr habe man dem Riesen-Bärenklau in Brachbach bislang nicht zuleibe rücken können: Die dafür nötige Ausnahmegenehmigung sei erst mit Verspätung erteilt worden.

Besagte Genehmigung ist nötig, damit eine von der SGD beauftragte Fachfirma der Herkulesstaude mit der chemischen Keule den Garau machen kann. Und nun – das geht aus der Mail-Korrespondenz der einzelnen Fachabteilungen der SGD hervor – sei das Unternehmen „stark damit beschäftigt, die Situation in den Griff zu bekommen. Die Anfrage für die Beseitigung weiterer Standorte kann also von hier aus nicht weiter verfolgt werden“.

Das bedeute aber nicht, dass an der Sieg gar nichts geschehe: Aktuell werde die Pflanze dort mechanisch, also durch Ausstechen, bekämpft – eine aufwändige Angelegenheit. „Daher dauern die Arbeiten an und gehen je nach Witterung bis in den Oktober“, teilt die SGD mit.

Bleibt nur zu hoffen, dass sich der Bärenklau auch so viel Zeit lässt, um seine Samen zu verbreiten.



Über die Ansichten des „Fördervereins der Deutschen Schafhaltung“ kann man sicher trefflich diskutieren. Unser Bild zeigt die beiden Vorstandsmitglieder Wendelin Schmücker (l.) und Gerd Dumke (r.) im Dialog mit Frank und Gabi Klein. Foto: damo

Sperrgebiete für Wölfe?

HAHNHOF Schäfer fordern intensive Wolfsjagd und eine Umschichtung der Mittel für Naturschutz

damo ■ Das Leben eines Wanderschäfers ist nur auf den ersten Blick idyllisch: Nicht nur, dass die Tiere auch bei Dreckwetter versorgt sein wollen und landwirtschaftliche Nutzflächen zunehmend hart umkämpft werden – es sind vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass Schäfer, die mit ihren Herden von Wiese zu Wiese ziehen, immer seltener werden. Dass jedes zusätzliche Problem existenzbedrohend werden kann, liegt auf der Hand – und damit auch, dass die Schäfer den Rückkehrer Wolf alles anders als freudig begrüßen. Das wurde gestern einmal mehr bei einem Pressegespräch im Niederfischbacher Ortsteil Hahnhof deutlich.

Dort stehen im Moment die Schafe von Gabi und Frank Klein – die beiden arbeiten nach wie vor als klassische Wanderschäfer. Soll heißen: Sie lassen ihre Herde da grasen, wo sie willkommen sind, sie verfügen nicht über eigene (Pacht-)Flächen. Und das wiederum führt dazu, dass die Kleins wahrscheinlich der einzige landwirtschaftliche Betrieb weit und breit sind, der keinerlei Prämien bezieht. Denn die EU-Landwirtschaftssubventionen sind an Fläche gebunden – pro Hektar gibt es je nach Art der Bewirtschaftung unterschiedliche Prämien. Diese Geldtöpfe sind für Gabi und Frank Klein unerschöpfbar, sie müssen tatsächlich auf dem freien Markt bestehen. Das geht nur über den Verkauf von Lammfleisch, denn die Wolle wirft längst nichts mehr ab: Die Kosten für die Schur sind höher als der Ertrag.

Das weiß auch der in Niedersachsen ansässige „Förderverein der Deutschen Schafhaltung“, der sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Berufsstand der Schäfer stark macht. Vorsitzender Wendelin Schmücker und Geschäftsführer Gerd Dumke statten gestern den Kleins einen Besuch ab. Im Gepäck hatten sie auch einen Scheck über

500 Euro, „um die wirtschaftliche Not zu lindern“, wie es Schmücker formulierte.

Er machte im Pressegespräch aber zugleich deutlich, dass er andere in der Pflicht sieht, den Schäfern ihr Überleben zu sichern: den Bund. So verlangt er, dass die Politik die vor einigen Jahren gestrichenen Prämien für Tierhalter wieder einführt. Und er hat auch klare Vorstellungen, woher dieses Geld kommen könnte: Nach Schmückers Angaben haben die großen Umweltschutzverbände WWF, BUND und NABU in den vergangenen fünf Jahren mehr als 200 Mill. Euro vom Staat erhalten. „Warum soll man den Naturschutzverbänden das Geld geben, wenn die Schäfer den größten Beitrag für die Artenvielfalt leisten?“ Denn unsere Kulturlandschaften seien maßgeblich durch die Weideviehhaltung geprägt – ohne die Schäfer würde viel wertvolles Offenland verbuschen, was zu Lasten der Biodiversität gehe. „Und wir Schäfer brauchen das Geld wirklich – zumal jetzt der Wolf noch oben drauf kommt.“

Auch Frank und Gabi Kleins Arbeit hat sich geändert, seit auch in unserer Region – am Stegskopf und zuletzt in Olpe – der Wolf nachgewiesen worden ist. Nicht nur, dass sie in Schutzmaßnahmen wie einen Herdenschutzhund investiert haben: Vor allem hat sich in den Köpfen der beiden ein Wandel vollzogen, auf den sie sicher gerne verzichtet hätten. „Wir haben ständig die Angst im Nacken“, sagt Frank Klein, und seine Frau ergänzt: „Die Angst fährt abends mit nach Hause. Du machst dir ständig Gedanken, und wenn du morgens zur Herde fährst, fragst du dich, ob wohl noch alle Schafe leben.“

Bislang gabs für Kleins Herde noch keine Begegnung mit dem Wolf – Schmückers Betrieb hingegen hat bereits zwei Mal ungeliebten Besuch bekommen. Einmal habe der Wolf ein echtes Massaker veranstaltet: Drei Tiere habe er selbst ge-

tötet, weitere 25 so schwer verletzt, dass sie eingeschläfert werden mussten.

Das wirft für die Betroffenen die Frage auf: Wie können sich Schäfer wirkungsvoll schützen? Nach Einschätzung von Schmücker und Dumke praktisch gar nicht: Zäune seien erst ab einer Höhe von 2,80 Meter wirklich verlässlich. In diesen Dimensionen aber seien sie praktisch nicht finanzierbar. „Es ist eine Utopie, dass kleinere Zäune Wölfe wirkungsvoll fernhalten“, meint Dumke. Und Herdenschutzhunde könnten zwar helfen, aber ihr Einsatz sei teuer, mancherorts auch verboten und grundsätzlich nicht frei von Risiken – in dicht besiedelten Gebieten könnten Herdenschutzhunde schnell zur ernsthaften Gefahr für Spaziergänger und Kinder werden.

Was also müsste aus Sicht der Schäfer getan werden? Dumke und Schmücker verlangen ein „aktives Wolfsmanagement“. Bislang würden die Wölfe in Deutschland nur verwaltet – sie müssten aber „reguliert werden wie alle anderen Wildtiere in Deutschland auch“. Was nichts anderes heißt als: Nach Meinung des Vereins müssen Wölfe bejagt werden. Und zwar nicht erst dann, wenn ein einzelnes Tier Schaden angerichtet hat, sondern grundsätzlich: Dumke plädiert dafür, den Bestand auf eine vorher festgelegte Größe zu reduzieren und großräumige Weideschutzzonen einzurichten.

Weil Wölfe weder Schilder mit der Aufschrift „No-Go-Area“ lesen können noch die gesamte Republik mit Grenzzäunen unterteilt werden kann, bleibt wohl nur ein Mittel für die Einrichtung der Weideschutzzonen: In manchen Landstrichen müssten Wölfe so intensiv bejagt werden, dass sie schlichtweg keine Chance hätten, sich dort anzusiedeln.

Passiere aber nichts, werde das Problem aus dem Ruder laufen, ist sich Dumke sicher: „Dann gibt es keine Grenze, dann wird der Bestand explodieren.“



Die Herkulesstaude profitiert von behördeninternen Abstimmungsproblemen: Weil eine Ausnahmegenehmigung erst spät kam, hat die Bekämpfung des Neophyten in diesem Jahr erst mit Verspätung beginnen können. Archivfoto: dpa

„Die allerallerletzte Chance“

37 Gramm Marihuana und zwei laufende Bewährungsstrafen: Manuel F. schrammte haarscharf an einer Gefängnisstrafe vorbei

dach Betzdorf. Die Kuh von Eis kriegen. Irgendwie. Das war die Aufgabe für Daniel Walker, als er jetzt an der Seite seines Mandanten Manuel F. (Name geändert) den Saal 508 des Betzdorfer Amtsgerichts betrat. Und der Rechtsanwalt lieferte, wie man neudeutsch sagt, Manuel F. verließ das Amtszimmer nach einer guten Stunde als freier Mann.

Dabei stand der Angeklagte bereits mit einem Bein im Gefängnis. Ihm hatte im August 2018 ein Polizeibeamter bei einer Personenkontrolle 37 Gramm Marihuana aus der Tasche gezogen. Und wäre das nicht schlimm genug: Der heute 31-jährige stand währenddessen zweifach unter laufender Bewährung.

Und genau das wäre Manuel F. beinahe zum Verhängnis geworden. Am Ende schrammte er so knapp an einer Haftstrafe vorbei, wie es nur eben ging. In ihrer Urteilsbegründung gab Richter Anke Puntschuh dem Angeklagten nicht umsonst mit auf den Weg: „Das ist Ihre allerallerletzte Chance.“

Sieben Vorstrafen brachte Manuel F. mit in den Prozess, die meisten davon Drogendelikte. Mit 15 Jahren habe er mit Cannabis begonnen, das erste Bier noch deutlich früher getrunken. Nach der Hauptschule verdingte er sich als Leiharbeiter in der hiesigen Industrie. Um dem immerselben Trost zu entfliehen, habe er dann nach Feierabend Gras geraucht, später Amphetamin genommen, um die Leistungsfähigkeit auf der Nachtschicht zu steigern.

Zu allem Unglück gehörten irgendwann auch noch Automatenspiele zu seinen Leidenschaften. Es habe „ein bisschen gedauert zu verstehen“, dass hier nichts zu holen sei. Dementsprechend machte er eine Therapie gegen diese vier Süchte. Und lediglich bei Marihuana sei er rückfällig geworden.

Dass er mit einem Beutel Stoff erwischte wurde, ist dem Zufall geschuldet. Eigentlich war eine Polizeistreife auf der Suche nach einem ganz anderen Delinquenten. Der befand sich aber gerade in einem Ge-

rangel am Betzdorfer Busbahnhof. Mit dabei: Manuel F. Dass er lediglich schlichten wollte, war den Beamten zu diesem Zeitpunkt nicht ersichtlich. Also wurden alle Beteiligten durchsucht. Voilà: das Gras.

Zunächst hatte Manuel F. noch behauptet, dass ihm jemand den Beutel während des Zwists zugesteckt haben müsse. Das hörte sich vor Gericht nun anders an. Hier legte er als Angeklagter alle Karten auf den Tisch, wenn auch nicht gleich.

Denn zunächst hatte Verteidiger Walker seinen Auftritt: Manuel F. könne sich vorstellen, die Anschuldigungen einzuräumen, wenn er dafür mit einer neuerlichen Bewährungsstrafe davonkomme. Es entstand ein Gespräch zwischen Verteidiger, Staatsanwältin und Richter, das der Jurist als Verständigung kennt.

Dabei rückte Walker seine Einschatzung in den Fokus, dass sein Mandant mittlerweile einen patenten Lebenswandel führe. „Er hat ins Fahrwasser zurückgefunden“, wie er es ausdrückte. Er ar-

beite Vollzeit, festgestellt. Staplerschein, Schweißerfortbildungen: Sein Arbeitgeber habe in Manuel F. investiert, insgesamt 18 000 Euro, wie der Angeklagte selbst angab.

Er habe wieder Kontakt zu seiner Familie aufgenommen und habe sich aus seinem vorherigen, drogenaffinen Umfeld verabschiedet, so Walker weiter über seinen Mandanten. Müsse er hinter Gitter, so die unausgesprochene Schlussfolgerung des Verteidigers, würde diese neu aufgebaute Existenz in Klump und Asche gehauen.

Ob er denn noch Drogen nehme, wollte Staatsanwältin Schmidt wissen. Nein, beteuerte der Angeklagte. Das könne er sich bei seinem Job auch gar nicht leisten. „Der Hammer in meinem Kopf ist gefallen“, gab er sein Befinden in einem etwas schief geratenen Bild wieder. Zum ersten Mal habe er eine Stelle, die nicht über eine Zeitarbeitsfirma laufe. „Das ist ein ganz anderes Leben, gebraucht zu werden.“

Als problematisch sahen alle Beteiligten, wie und ob er die kurzfristigen Termine für ein Drogenscreening wahrnehmen kann. Denn darauf bestand Richter Anke Puntschuh – und die Screenings laufen im Kreis Altenkirchen; Manuel F. ist unter der Woche auf Montage. „Das wäre dann sein Bier“, so Rechtsanwalt Walker. Und sein Mandant ergänzte: „Alles besser, als wenn Sie mich wegsperren.“

Das Urteil lautete schließlich so: Der Betzdorfer muss im ersten Jahr jeden Monat seine Drogenfreiheit nachweisen, danach dreimal jährlich, außerdem 500 Euro an eine Suchteinrichtung überweisen.

Darüber hinaus warten ein Jahr und drei Monate Haft auf ihn – sofern er sich in den kommenden fünf Jahren etwas zu Schulden kommen lässt. Dabei ging Richter Anke Puntschuh bewusst auf die maximale Bewährungszeit. Schließlich hatte es Verteidiger Walker selbst kurz vorher so ausgedrückt: „Das hier ist letzte Rille.“

Achim Dörner